

Postulat Rolf Zbinden (PdA): Bern verdient endlich ein „Lenin-Haus – Museum der politischen Emigration“

1.) Diesen Monat jährt sich der 140. Geburtstag (22.4.1870) einer der weltbekanntesten Persönlichkeiten, die jemals in Bern gehaust hat. Er kam im September 1914 nach Bern und wohnte hier am Seidenweg. Er war kein Berner und kein Schweizer. Er war „integriert“, sprach fließend deutsch und beteiligte sich am öffentlichen Leben. Er trat als Redner auf, schrieb für die „Berner Tagwacht“ und war aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er kritisierte vieles und begründete seinen Umzug nach Zürich damit, dass er sich in Bern in einem „kleinbürgerlichen Käfig“ eingesperrt fühlte. Doch er wusste manches hier zu schätzen, verbrachte viele Stunden in Berner Bibliotheken und nahm den hohen Stand ihres Service public zum Vorbild für seine russische Heimat. Lobend berichtete er den Russen, dass Bücher, die er einmal von Beatenberg aus bei einer Berner Bibliothek bestellt hatte, ihm ohne Umstände an diesem Bergort zugestellt wurden, und zwar postwendend und kostenlos. Lenin. Warum sollte Bern nicht daran erinnern dürfen? Es wäre gleichzeitig eine Erinnerung an ruhmvollere Zeiten der schweizerischen Asylpraxis. Wäre nicht gerade jetzt der gegebene Zeitpunkt dafür, nämlich rund 100 Jahre nach Lenins Aufenthalt in der Schweiz und rechtzeitig vor der Hundertjahrfeier der Oktoberrevolution, durch welche Lenins Namen in die Geschichte einging? Es stände Bern gut an, sich Lenins mit einer Gedenktafel und einer Ausstellung zu erinnern, und es würde dieser Stadt nicht schaden, den Blick in die Geschichte mit prospektiven und proaktiven Programmen, Forschungsprojekten und Anlässen zum Themenkreis politische Emigration und internationale Solidarität zu verbinden.

2.) Lenin ist nicht der einzige politische Emigrant, den Bern aufgenommen hat. Im Ersten Weltkrieg hielten sich viele Russen hier auf und viele Deutsche, die als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft und als „Reichsfeinde“ vertrieben worden waren: In der langen Liste von Emigrantinnen und Emigranten in unserer Stadt finden wir viele illustre Namen von Vertretern der unterschiedlichsten Weltanschauungen, vom dialektischen Materialisten Lenin über Ernst Bloch, Walter Benjamin und Hermann Hesse bis zum jüdischen Mystiker Scholem. Nicht selten kam es vor, dass Oppositionsparteien, die in ihren Ländern scharf unterdrückt wurden, in der Schweiz ihre Zeitungen drucken oder hier ihre Konferenzen abhalten konnten. Namentlich die deutschen Sozialdemokraten fanden in der Zeit des Sozialistengesetzes ab 1878 hierzulande willkommene Rückzugsmöglichkeit. Dies war auch während dem Ersten Weltkrieg ganz ähnlich. In Bern (und unter Lenins Einfluss) fanden 1915 zwei internationale Kongresse statt: Im März tagte unter dem Vorsitz von Clara Zetkin die „Internationale Sozialistische Frauenkonferenz“. Mit dieser Initiative nutzten die proletarischen Frauen den Vorteil, dass sie nicht den für Wehrpflichtige geltenden Ausreisebeschränkungen unterstanden. Im April folgte die „Internationale Sozialistische Jugendkonferenz“ unter der Leitung von Willi Münzenberg, dem Sekretär der sozialdemokratischen Jugendorganisation der Schweiz. Diese Berner Konferenzen dienten auch der Vorbereitung der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. In der Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland und Italien wurde die Schweiz, obwohl sie ihr Ausländerrecht erheblich verschärfte, wiederum für viele zur Zufluchtsstätte.

3.) Es ist bekannt, dass viele der politischen Einrichtungen, derer wir uns in Bern und in der Schweiz rühmen, im Gepäck von verfolgten Emigrantinnen und Emigranten in die Schweiz

gelangt sind. Von grossem Einfluss für die freisinnigen Verfassungen des 19. Jahrhunderts waren die „Nassauer“ um den Staatsrechtler Ludwig Snell, der 1834 nach Bern berufen wurde. Viele Deutsche beteiligten sich auch an den ideologischen Kämpfen oder ergriffen die Gewehre, wenn die freisinnige Schweiz bedroht war. Der positive Impuls der politischen Immigration für die Entwicklung der Schweiz wird übrigens auch von Herrn Bundesrat Ueli Maurer in seiner bekannten Rede „Indianer und Kavallerie“ vom 22.06.2009 hervorgehoben. Dieser positive Einfluss ist aber noch nicht in genügendem Masse bekannt. Eine Aufklärung hierüber bedarf zusätzlicher Mittel und Anstrengungen. Diese Dokumentationskosten der Wahrheit darf man nicht scheuen. Um das Dauerfeuer gewisser kostspieliger Kampagnen zur Diffamierung von Immigranten zu neutralisieren, bräuchte es noch wesentlich mehr Mittel. Aus diesen Gründen sollte es sich die Stadt zur Aufgabe machen, ein „Lenin-Haus – Museum der politischen Emigration“ zu errichten. Ein solches Museum der politischen Emigration in der Schweiz wird sich aber nur dann ehrlich auf den Namen des bekannten Emigranten berufen können, wenn es als nicht-museale Institution der Zukunftsgestaltung konzipiert wird.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Unter dem Namen „Lenin-Haus – Museum der politischen Emigration“ plant die Stadt Bern die Errichtung und den Betrieb eines Forschungsinstituts, Kompetenzzentrums und Museums der politischen Emigration in der Schweiz.
2. Diese Planung erfolgt in eigener oder gemeinschaftlicher Trägerschaft mit anderen nicht gewinnorientierten Trägern.
3. Das Museum der politischen Emigration dient der Auseinandersetzung mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Asyllebens in der Schweiz.
4. Es dokumentiert die Geschichte der politischen Emigration in die Schweiz, einschliesslich der materiellen Lage und der politischen Arbeitsbedingungen der Immigrantinnen und Immigranten.
5. Es beleuchtet den wichtigen Beitrag der Schweiz als Zufluchtsort für politisch verfolgte Personen und als strategisches Rückzugsgebiet für ihre unterdrückten Organisationen.
6. Es beleuchtet den bedeutenden fortschrittlichen Impuls, den die Schweiz ihrerseits den politischen Immigrantinnen und Immigranten verdankt.

Quellen:

- „Indianer und Kavallerie“ oder Gedanken zu den Wahrnehmungsmöglichkeiten einer Beziehung – Referat von Bundesrat Ueli Maurer, Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), gehalten am 22. Juni 2009 in Zürich vor der Handelskammer Deutschland/Schweiz:

<http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/aktuell/reden/detailspeech.27575.nsb.html>

- Willy Gautschi: Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich (Benziger) 1973

- „Lénine en Suisse“; http://www_lescommunistes.org/lenine/

- Lenin: Rede auf der internationalen Kundgebung in Bern, 8. Februar 1916, nach dem deutschsprachigen Text der „Berner Tagwacht“

http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_122.htm

Bern, 29. April 2010

Postulat Rolf Zbinden (PdA), Regula Fischer, Luzius Theiler, Lea Bill, Rahel Ruch, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour, Lea Kusano, Ruedi Keller

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat würdigt die sorgfältige Abfassung des Postulatstexts. Die Postulanten und Postulantinnen weisen auf eine Epoche der Stadt Bern hin, die tatsächlich im Bereich der politischen Emigration weltgeschichtliche Dimensionen aufweist. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung und Präsentation dieses wichtigen Themas der Berner Stadt- und Regionsgeschichte schlummert ein wissenschaftliches, pädagogisches und nicht zuletzt auch touristisches Potenzial. Wenn sich der Gemeinderat gegen die explizit verlangte Prüfung eines „Lenin Hauses - Museum der politischen Emigration“ ausspricht, so macht er dies in erster Linie aus finanzpolitischen Gründen. Auf unabsehbare Zeit stehen die finanziellen Mittel für die Einrichtung und den Betrieb eines zusätzlichen Museums auf Stadtboden nicht zur Verfügung. Auch hegt er keine grossen Hoffnungen, ein solches Projekt gemeinsam mit interessierten, nicht gewinnorientierten Institutionen finanzieren zu können. Mögliche Partner und Partnerinnen gehören tendenziell eher zur Kategorie der Beitragsempfänger. Vor diesem Hintergrund zieht es der Gemeinderat vor, auf die Prüfung eines Anliegens ohne Aussicht auf Realisierung innerhalb einer vernünftigen Frist zu verzichten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 22. Dezember 2010

Der Gemeinderat